

Allgemeine Ungewissheit

Auf der Schwelle zum Jahr 2008 herrscht bei den meisten Bolivianerinnen und Bolivianern – trotz der Festfreude – grosse Ungewissheit und Ratlosigkeit. Seitdem wir in Bolivien sind, waren die Prognosen für das kommende Jahr noch nie so unbestimmt und verhalten wie Ende 2007. Niemand weiss eigentlich so richtig, wie es weitergehen soll. Die politischen, regionalen und sozialen Fronten sind verhärtet und kommen einer regelrechten Pattstellung gleich.

Auch wir selber wissen mit dieser Situation eigentlich nicht so richtig Rat. Vor drei Wochen hat die holländische Botschaft die „Phase 1“ (von insgesamt 4 Phasen) eingeläutet, im Sinne einer Warnung hinsichtlich möglicher Eskalationen, Konflikte und Lebensmittelengpässen. Äusserlich scheint alles in Ordnung zu sein; bloss herrscht ab und zu Treibstoffknappheit und sind die Preise in letzter Zeit erheblich gestiegen.

Die grosse Ungewissheit und Ratlosigkeit hat mit dem Medienkrieg zu tun, der seit rund einem halben Jahr schwelt und an Intensität zugenommen hat. In der Presse, am Fernsehen und Radio kann man die gegensätzlichsten Analysen und Interpretationen der gegenwärtigen Situation präsentiert bekommen. Um einigermaßen ein „objektives“ Bild zu bekommen, müsste man mindestens 10 Tageszeitungen, 5 Fernsehsender und noch sicherlich 20 Presseagenturen konsultieren und minutiös analysieren.

Auch im Ausland sind die Nachrichten zu Bolivien, wie wir immer wieder feststellen müssen, sehr stark gefärbt, je nach Quelle und ideologischer Ausrichtung des Mediums. Wir befinden uns mitten in einem „Kalten Krieg“, der bis jetzt zum Glück noch kaum Menschenopfer gefordert hat (vor zwei Monaten kamen bei gewalttätigen Auseinandersetzungen in der Hauptstadt Sucre drei Menschen ums Leben).

Manipulation hüben und drüben

Viele Medien und politische Beobachter führen die allgemeine Verunsicherung mit dem Zustand der Regierung von Evo Morales, nach zwei Jahren Amtszeit, zurück. Dem Präsidenten und seiner Crew wird vorgeworfen, er habe die bolivianische Gesellschaft bewusst gespalten und die Konflikte gezielt geschürt. Diese Vorwürfe kommen natürlich aus den Reihen der Opposition, die nach dem niederschmetternden Wahlergebnis vor zwei Jahren arg benommen war.

Dank der Medien, die zu 90% Vertretern ebendieser Opposition gehören, und den üppigen Geldern, über welche sie verfügt, konnte sie sich aber schon bald wieder vom Schock erholen und zum Gegenschlag ausholen. Diesmal sind es die Präfekturen – zu vergleichen mit den Kantons- oder Länderregierungen -, die mit schwerer Munition gegen den Präsidenten Evo Morales und seinen Ministerrat schiessen. Die Präfekten wurden von der Bevölkerung der einzelnen Departemente gewählt und gehören zu Zweidritteln nicht der Partei des Präsidenten an.

Zu den Präfekten gesellt sich der Senat, der noch vor dem Amtsantritt der heutigen Regierung gewählt wurde und eine klare Mehrheit der Opposition vereint. Im Verband mit den Grossgrundbesitzern, den transnationalen Unternehmen und den eigens ernannten Bürgerwehren bilden sie den Stosstrupp der Gegenmacht zur Regierung.

Beide Seiten manipulieren die Bevölkerung, nach dem Motto von „Brot und Spiele“, bzw. von Drohungen und Muskelspiel. Die Bevölkerung befindet sich als Spielball zwischen den Fronten, muss mal gezwungenermassen an einem Meeting der Opposition, mal an einer Parade der Regierung teilnehmen. Dabei wünscht sich der grosse Teil der Bevölkerung nichts sehnlicher als Ruhe, Friede, genügend Arbeit, keine Teuerung und eine gute Schulbildung für die Kinder.

Zwei Jahre Evo Morales

Nach unserer Einschätzung hat die Opposition, zusammen mit den USA und deren Vertretung in La Paz, eine Weile zugewartet, um zu schauen, ob es denn der Regierung von Evo Morales „wirklich ernst“ sei mit den Verstaatlichungen, den Landenteignungen, einer neuen Staatsverfassung, einer

„demokratischen Revolution“, der Entkolonialisierung, dem Einschluss der indigenen Bevölkerung, usw.

Nach rund anderthalb Jahren stand auch für die grössten Skeptiker fest, dass die Regierung ihr Programm tief greifender Veränderungen tatsächlich in die Tat umsetzen will und sich dabei auch nach neuen Verbündeten umschaute, die nicht mehr die USA sind, sondern Venezuela, Kuba, Brasilien und neuestens sogar Iran.

Und jetzt ist für die Gegner der „sozialistischen“ Regierung die Geduld zu Ende und der Ernst der Stunde erkannt, da es um den Verlust von Pfründen geht, die eine Minderheit während Jahrzehnten und Jahrhunderten angehäuft hat und straflos für sich beanspruchen konnte. Die Regierung hat ganz klaren Wein eingeschenkt, indem sie auf die Verteilung des Reichtums setzt, was im Klartext eben bedeutet, dass Einzelne ihren (weiten) Gürtel etwas enger schnallen müssen, damit alle zu Essen haben.

Die Umverteilung des Reichtums verläuft in keinem Land der Erde ohne Widerstand. Wer etwas zu verlieren hat, wehrt sich mit allen (auch nicht legitimen) Mitteln; und wer nichts zu verlieren hat – und dies ist in Bolivien die grosse Mehrheit – scheut kein Opfer im Kampf für soziale Veränderungen.

Regionale und ethnische Konflikte als Ablenkmanöver

Im Moment werden in Bolivien Konflikte geschürt, die von der wahren Situation der Armut und sozialen Ungerechtigkeit ablenken sollen. Es scheint, als ob der östliche Teil des Landes Autonomie und Selbstbestimmung möchte, während dies der westliche Teil zu verhindern trachtet. Es scheint, als seien die indigenen Völker des Andenhochlandes die Erzfeinde aller anderen Völker und Kulturen Boliviens. Der Rassismus wird in den Medien künstlich angeheizt und soll eine Teilung des Landes vorbereiten.

Dabei geht es im Grunde genommen um eine Frage der Macht, die ihrerseits mit Geld und Reichtum zu tun hat. Jetzt, wo die Regierung zum ersten Mal in der Geschichte des Landes die arme Mehrheit vertritt, die zudem meistens eine dunkle Hautfarbe hat, meldet sich die reiche Minderheit empört zu Wort und schreit Zeter und Mordio, wenn die Regierung Mehrheitsentscheide durchsetzen möchte.

Paradox der Stunde: solange eine (reiche) Minderheit regiert hat, galt dies als Musterbeispiel von „Demokratie“, wo jetzt aber eine Mehrheit regiert, gilt sie in den Augen der Minderheit als „Diktatur“. Um trotz des Minderheitscharakters doch politisch wirksam zu sein, spielen die Politiker der Opposition gekonnt die Taktik des Regionalismus und der Autonomie.

Die Menschen haben ohnehin eine fast reflexartige Abwehr gegen den Jahrhunderte alten Zentralismus, sodass sie von den Sirenengesängen der Opposition leicht zu verführen sind, für mehr Autonomie und regionale Selbstbestimmung zu wählen. Und Feindbilder taugen allemal dafür, die eigene Identität zu festigen.

Das Pingpong der Macht

Die Ereignisse der letzten Monate lassen nur Ungutes für die kommende Zeit erahnen. Seit einem halben Jahr blockieren die Departemente des so genannten „Halbmondes“, also des östlichen Tieflandes, jegliche Reformen der Regierung und auch die Verfassungsgebende Versammlung. Grund: bei der Neuverteilung des nationalen Reichtums müssten sie etwas vom Kuchen abgeben, weil die wichtigsten Bodenschätze genau in diesen Landesteilen liegen.

Indem dieser Block, zusammen mit der alten Oligarchie, die Frage der Landeshauptstadt auf die Agenda der Verfassungsgebenden Versammlung setzten, versuchten sie mit allen möglichen Mitteln, das Zustandekommen einer neuen Staatsverfassung zu verhindern. Die Mehrheit, welche der Regierungspartei nahe steht, hat aber den Prozess trotzdem durchgeboxt und am 14. Dezember eine neue Staatsverfassung vorgelegt, über die das Volk in diesem Jahr noch zu befinden hat.

Zudem hat die Regierung eine neue Rente für die alten Menschen (ab 60 Jahren) eingeführt, womit alle Betagten pro Monat 200 Bolivianos (ca. 28 SFr. oder 19 €) bekämen. Die Rente soll aus den Steuern der Erdöl- und Erdgasunternehmen bezahlt werden. Gegen diese Rente entstand aber vehementer Widerstand seitens der erwähnten Departemente, weil diese dadurch Kürzungen ihrer Haushalte hinnehmen müssten.

Als Form des Protests hat die wirtschaftliche Elite des Landes, die sich vor allem im Osten des Landes befindet, die Grundlebensmittel und die Brennstoffe künstlich verknappt, sodass die Inflation angeheizt wurde und dadurch der Unmut der Bevölkerung zunahm. Zu guter Letzt hat die Regierung das Budget 2008 ohne die Genehmigung durch das Parlament verabschiedet, in dem die erwähnten Kürzungen für die Departemente bereits Gesetzescharakter haben.

Einzelne Departemente des Ostens, vor allem das wirtschaftlich starke Santa Cruz, haben inzwischen die Autonomie ausgerufen, was ein offener Akt des zivilen Ungehorsams und zudem verfassungswidrig ist. Die Regierung hat Sanktionen angekündigt. Inzwischen hat sich aber auch in diesen Regionen der Widerstand gegen die Machenschaften einer Elite geregt, da die grosse Mehrheit der BolivianerInnen kein Auseinanderfallen der nationalen Einheit möchte.

Ist Dialog noch möglich?

Angesichts dieser Situation scheint eine friedliche Lösung des Konfliktes in weite Ferne gerückt zu sein. Die Fronten sind verhärtet, und beide Seiten geben sich gegenseitig die Schuld am Debakel. Dabei geraten die wirklich dringlichen Veränderungen und Probleme in den Hintergrund: die Armut ist nicht geringer geworden, die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor sehr hoch, die Investitionen scheinen nicht greifen zu wollen, der Exodus von BolivianerInnen ins Ausland hält an.

Und die neue Staatsverfassung, die an sich sehr gute Aspekte aufweist, scheint inhaltlich gar nicht wahrgenommen zu werden. Dabei hat das Volk vor zwei Jahren all seine Hoffnung auf diese neue Regierung und eine neue Staatsverfassung gesetzt. Noch hat die Regierung beim Volk viel Unterstützung, aber auch da beginnt die Geduld allmählich an ihr Ende zu kommen. Die Frau und der Mann von der Strasse möchten konkrete Verbesserungen ihrer Lebenssituation sehen, und nicht abstrakte Werte wie „Autonomie“, „Staatsverfassung“ oder „Dezentralisierung“.

Auch wenn für uns vieles unklar und verwirrend aussieht, so ist eines doch klar: in Bolivien geht es im Moment um die Auseinandersetzung zwischen zwei Modellen des Zusammenlebens und der Gesellschaft. Das eine, von der Kolonialzeit vererbte und bis 2005 aufrecht erhaltene, bei dem eine (reiche) Minderheit über eine (arme) Mehrheit regiert und daraus Profit schlägt; das andere, das eine Umverteilung des Reichtums, den Einschluss der vergessenen Mehrheiten und einen Sozialstaat für alle errichten möchte.

Zum ersten Mal in der Geschichte ist ein Vertreter dieser zuvor ausgeschlossenen Gesellschaftsschichten und Völker demokratisch zum Präsidenten gewählt worden. Aber es wäre nicht zum ersten Mal in der Geschichte Lateinamerikas, wenn dieser durch einen „kalten“ oder „heissen“ Staatsstreich, ein systematisches Blockieren oder durch eine offene Rebellion aus dem Amt entfernt würde.

Am Montag, 7. Januar 2008, ist eine Dialogrunde angesagt, zu der die Regierung eingeladen hat. Trotz der Skepsis hoffen wir trotz allem, dass Dialog doch noch möglich ist und dass sich die persönlichen Interessen einzelner Gruppierungen dem Traum einer verarmten Mehrheit gegenüber nicht unsensibel zeigen. Eine Tatsache stimmt uns verhalten optimistisch: In der Vergangenheit hat das bolivianische Volk schon oft die Spannungen bis zum Geht-nicht-Mehr verschärft und dann kurz vor dem Abgrund eine Lösung gefunden, die schon gar nicht mehr als möglich erachtet wurde.